



## Bundesregierung und EU müssen Konsequenzen aus Gewalt in Peru ziehen

Pressemitteilung von Heike Hänsel, 11. Juni 2009

**"Gemeinsam mit unseren europäischen Kolleginnen und Kollegen verurteilen wir das brutale Vorgehen peruanischer Sicherheitskräfte gegen die demonstrierenden Indigenas und Kleinbauern bei Bagua am vergangenen Wochenende und fordern, dass diese Vorgänge aufgeklärt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden", so Heike Hänsel anlässlich der heutigen Demonstration vor der peruanischen Vertretung in Brüssel, auf der eine Deklaration linker Europa-Abgeordneter übergeben werden soll. Die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:**

„Von der Bundesregierung und der Europäischen Kommission erwarten wir eine klare Stellungnahme. Der Konflikt um die Förderung von Bodenschätzen im peruanischen Regenwald, der nun so blutig eskalierte, steht nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit Freihandelsabkommen Perus mit den USA und der EU. Die Verhandlungen der EU mit

Peru dürfen deshalb nicht einfach so weiterlaufen. Freihandel bedroht die Lebensgrundlagen und elementare Menschenrechte großer Teile der Bevölkerung. Er darf nicht gegen ihre Interessen und schon gar nicht mit Gewalt durchgesetzt werden.

DIE LINKE fordert die Aussetzung der Verhandlungen zwischen EU und Peru. Die Verhandlungsziele müssen neu definiert werden. Nicht Freihandel und Konzerninteressen, sondern Menschenrechte und Entwicklung müssen im Mittelpunkt stehen.“